

2 Theoretische Auseinandersetzungen mit innerparteilicher Demokratie

In der Einleitung werden die Auseinandersetzungen über den Untersuchungswert innerparteilicher Demokratie in der Parteienforschung kurz dargestellt. Dies reicht aber nicht aus, um die Potentiale und die Einschränkungen innerparteilicher Demokratie auf der theoretischen Ebene systematisch zu erläutern. Dieses Kapitel geht daher auf eine nähere und systematische Betrachtung der bisherigen Forschungsansätze ein. Diese erstrecken sich auf die Reflexion zweier Dimensionen: Erstens, ob und inwieweit innerparteiliche Demokratie notwendig ist; und zweitens ob und inwieweit sie realisierbar ist. Die erste Dimension spricht eine normative Problematik an, die zweite geht auf eine praxisbezogene Frage ein. Je nachdem, wie dieser Fragenkomplex behandelt wird, lassen sich die Stärken und Schwächen dieser Ansätze verglichen und evaluieren. Dabei spielen vier zentrale Spannungsverhältnisse eine besonders wichtige Rolle, nämlich die Verortung der Partei zwischen Vereinsautonomie und Parteienstaat, der Widerspruch zwischen innerparteilicher Demokratie und zwischenparteilicher Demokratie, das Gleichgewicht zwischen der innerparteilichen Mitgliederpartizipation und dem Zweck der Organisationserhaltung bzw. -effizienz, sowie die kontinuierliche Spannung zwischen Demokratie als Norm und Demokratie als Wirklichkeit. Ein neuer Forschungsansatz, der sowohl die Notwendigkeit als auch die Realisierbarkeit innerparteilicher Demokratie begründen möchte, muss diese vier Spannungsverhältnisse in ein erklärungsfähigeres analytisches Rahmenwerk einbeziehen.

2.1 Keine innerparteiliche Demokratie?

2.1.1 Robert Michels: *Oligarchie ohne innerparteiliche Demokratie*

Die bisherigen Auseinandersetzungen über innerparteiliche Demokratie beginnen mit der paradoxen Behauptung von Michels (1989), dass innerparteiliche Demokratie zwar eine notwendige Bedingung für Demokratie ist, sich aber in der Konfrontation mit dem oligarchischen Wesen der Parteiorganisation nicht entfalten kann. Seine soziologische Analyse zielt auf die Behandlung folgender Frage:

Folgt auch das massenparteipolitische Organisationsleben, vor allem das von sozialdemokratischen Parteien, unausweichlich der oligarchischen Minderheits-herrschaft? Michels geht davon aus, dass bestimmten Individuen Rechte übertragen werden, im Namen der Massenmitglieder, der die Organisation in Formen und die Führung in Persönlichkeiten bedürfen, zu handeln. Allmählich bilden sie eine neue politische Klasse: Berufspolitiker. Hingegen sind die Massenmitglieder nur in der Lage, mit „ja“ oder „nein“ auf die Initiativen der Führung zu reagieren. Nach einem Stabilisierungsprozess gewinnen die Organisationsführer Legitimität durch die formale Anerkennung der Organisationsmitglieder, und die Organisationserhaltung und ihre Machterhaltung ersetzen den demonstrierten originären Zweck. In anderen Worten entsteht aus Organisation ein Apparat, der derjenigen bedarf, die ihn bedienen und lenken. Dieser Apparat wiederum strebt danach, wie Conze (1957: 381) formuliert, „sich zu verfestigen und die Massen zu bestimmen, anstatt deren demokratischen Willen zu vollstrecken.“ Die Organisation wird damit „die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler“ (Michels 1989: 370f). Für Michels (1989: 26) scheint Demokratie mit zunehmendem Organisationsgrad im Schwinden begriffen. Die oligarchische Struktur des Aufbaus, der jeder Organisation unterliegt, verdeckt die demokratische Basis. „Wer Organisation sagt, sagt Tendenz zur Oligarchie (Michels 1989: 25).“ Das ist das so genannte eherne Gesetz der Parteienorganisation.

Der Ausgangspunkt der Analyse von Michels ist in der offenkundigen Diskrepanz zwischen innerparteilichem Wertesystem und innerorganisatorischer Willensbildung der sozialistischen Parteien in den Gründungsjahren bis vor dem ersten Weltkrieg zu sehen (Naschold 1969: 12). Seine Logik steht unter einer Prämisse: Eine demokratische Partei setzt ein demokratisches internes Organisationsleben voraus, während Oligarchie eine antidemokratische Eigenschaft sei. Dabei geht sein Gedanke auf das von Rousseau beeinflusste Demokratieverständnis im 19. Jahrhundert zurück, nach dem die wahre Demokratie nur direkte Demokratie sein sollte, die mit jeglicher Form von Repräsentation und Delegation unvereinbar war (Milles 1987: 13): „Eine Masse, die ihre Souveränität delegiert, d. h. einzelnen wenigen Männern aus ihr überträgt, dankt als Souverän ab. Denn der Wille des Volkes ist nicht übertragbar, nicht einmal der Wille des Einzelnen“ (Michels 1911: 36). Aber wie die bürgerlichen Parteien, die im Wesentlichen bereits oligarchisch seien, müssten die sozialdemokratischen Parteien angesichts der Unmöglichkeit der unbedingten direkten Demokratie aufgrund komplizierter Organisationszunahme bzw. -arbeitsteilung auch in das Schicksal einer oligarchischen Führung verfallen. Die oligarchischen Tendenzen in der antioligarchischen revolutionären Bewegung (Michels 1987: 133ff) kennzeichne allen-

falls eine Übergangsphase des Kreislaufs der sogenannten „herrschenden Klasse“⁵, die aus einer Mischung alter Aristokraten und neuer Revolutionären bestehe. Michels ist der Ansicht, dass sich zwar der Ablösungsprozess der alten Eliteklasse vollzogen habe, aber nicht als einmalige revolutionäre Ablösung, sondern in Form einer „beständigen Amalgamierung der neuen Elemente mit den alten“ (Michels 1989: 352). Dieser unvollständige Elitekreislauf habe dazu geführt, dass sozialistische Massenparteien einerseits den politischen Aufschwung der proletarischen Eliten brachten, sie aber gleichzeitig von der aristokratischen Oligarchie gefesselt wurden. Im Laufe dieses Prozesses zu einer immer konsolidierteren Oligarchie sei das demokratische Ziel der sozialdemokratischen Massenparteien ins Leere geschoben worden.

Diese pessimistischen Urteile Michels über den deutschen demokratischen Sozialismus im parlamentarischen Rahmen waren auf die sozialdemokratische Vorgeschichte vor ihrem Regierungseintritt im Jahr 1919 beschränkt. Die Sozialdemokraten waren, wie der britische *Labour*-Politikwissenschaftler Drucker (1979: 90) bemerkt, „*safe from any potentially embarrassing attempt to check their prognostications against the performance*“, da es bis dahin keine Akte sozialdemokratischer Regierungen zu prüfen gegeben hatte. Diese passive Sicherheit haben die Sozialdemokraten heute nicht mehr, nachdem sie in den 1920er Jahren ihr Regierungsdebüt in Großbritannien und in der Weimarer Republik lieferten, nicht einmal nachdem sie als ständige alternative Regierungspartei durch die mehrfachen Regierungswechsel bestätigt worden waren. Zwar wurde der so genannte „Ersatz des Ziels“ durch das Godesberger Programm der SPD und die modifizierte *Claus 4* der *New Labour*⁶ unmittelbar nachwiesen, in denen das Streben nach Zerstören des Kapitalismus ausdrücklich aufgehoben

5 Die Elitetheorien, die durch Gaetano Mosca (1896) und Alfred Pareto (1902) gekennzeichnet wird, werden bezüglich ihrer Einflussnahme auf Michels Studie in einer biografische Darstellung von Milles (1987: 12-13) geklärt. Dazu vgl. auch die ausführliche Michels-Studie von Pfetsch (1964).

6 Die *Claus 4* umfasst die Werte und Ziele der Labour Party. Nach der alten Version der 1918er Constitution sollte die Labour Party darauf abzielen, „*to secure for the workers by hand or by brain the full fruits of their industry and the most equitable distribution thereof that may be possible upon the basis of the common ownership of the means of production, distribution and exchange, and the best obtainable system of popular administration and control of each industry or service*“. 1995 wurde die *Claus 4* zur bisher gültigen Version modifiziert: „*The Labour Party is a democratic socialist party. It believes that by the strength of our common endeavour we achieve more than we achieve alone, so as to create for each of us the means to realise our true potential and for all of us a community in which power, wealth and opportunity are in the hands of the many, not the few, where the rights we enjoy reflect the duties we owe, and where we live together, freely, in a spirit of solidarity, tolerance and respect*“. Somit verabschiedete sich die Labour Party von den Ansprüchen auf die sozialistische Verstaatlichung und wendete sich der neoliberalistischen Marktwirtschaft zu. Vgl. Driver und Martelle 2006: 13-15.

wurde. Zugleich entwickeln sich sowohl die bürgerlichen als auch die sozialdemokratischen Parteien bezüglich ihrer Ideologie, Struktur und Umwelt weiter über den Horizont der Michels'schen Studie hinaus. In diesem Sinne muss die Problematik innerparteilicher Demokratie zeitgemäß neu betrachtet werden.

2.1.2 *Post-Michels: Parteienkonkurrenz ohne innerparteiliche Demokratie*

Das Urteil Michels über das oligarchische Wesen von Parteien wird von späteren Autoren immer wieder aufgegriffen bzw. weiter entwickelt. McKenzie (1963: 587) weist darauf hin, dass es eigentlich außer der Aufrechterhaltung einer kleinen Führungsgruppe keine andere operationalisierbare Art gebe, eine Partei zu betreiben. Aber die Führungsgruppe dürfe die Interessen und Meinungsäußerungen der Mitglieder nicht einfach ignorieren. Innerparteiliche Aufstände, die den amtierenden Parteiführer stürzten, waren beispielsweise in den britischen Parteien nicht selten. Daher sei das „eherne Gesetz der Oligarchie“ nicht zweifellos ein „ehernes“ Gesetz, sondern vielmehr ein „goldenes Gesetz“, das die pragmatische Organisationswirklichkeit widerspiegelt, das aber auch durchbrochen werden darf. Außerdem bezieht sich der Widerspruch zwischen der fundamentalen Annahme von Michels, dass eine demokratische Partei idealerweise unter der Herrschaft ihrer Massenmitglieder sein solle, und dem Gesetz der Oligarchie hauptsächlich auf die kontinentale Sozialdemokratie Deutschlands und Italiens (Conze 1957: 379). In anderen politischen Systemen wie z. B. dem Westminster Parlamentarismus seien eher die Mandatsträger im Parlament (*MPs*) gegenüber den Wählern verantwortlich als die außerparlamentarischen Massenparteien (McKenzie 1963: 587f).

Die Mitwirkungsspielräume der Massenparteien in der Frage der Parteiführerauswahl und Politikentscheidungsfindung würden die „*chain of responsibility*“ von Kabinett über Parlament zur Wählerschaft, die zu den fundamentalen Eigenschaften des Westminster Modells gehört (McKenzie 1963: 588), unterbrechen. In Anlehnung an Schumpeter (1975) ist McKenzie der Ansicht, dass Michels und andere, die das undemokratische Wesen von Parteiorganisationen kritisieren, von einem utopischen Begriff des Prozesses der direkten Demokratie ausgehen. Die Delegierten auf unterschiedlichen Ebenen sind in der Wirklichkeit nicht einfache „Lautsprecher“ der Wähler oder Mitglieder, vielmehr prägen und lenken sie den „*volenté général*“. Mit anderen Worten, die Willensbildung des Volkes ist das Produkt und nicht die Antriebskraft des politischen Prozesses (McKenzie 1963: 588f). Für McKenzie beinhalte ein realistischerer „demokratischer Prozess“ des innerparteilichen Lebens gemäßigten Eigenschaften wie z.B.: Freie Konkurrenz um politische Führung, regelmäßige Wahlen, Kommunikation

zwischen parlamentarischen Führern und Parteimitgliedern und Integration unterschiedlicher Interessen durch Parteiorganisation (McKenzie 1963: 589). Das heißt, Macht sei kein Eigentum, das im Kampf erworben wird, sondern entstehe durch wechselseitige Einflussbeziehungen zwischen Führer und Anhängern (Panebianco 1988: 21-22). Die Argumente für innerparteiliche Demokratie entwickeln sich laut McKenzie aus den Neigungen der linksradikalen Partisanen, die die Funktionen von freiwilligen Assoziationen mit denen der politischen Parteien verwechseln. In den ersteren sei die oligarchische Herrschaft der Parteiführer dysfunktional für die demokratischen Prozesse, während in den letzteren der Prozess, in dem die Parteiführer die Kontrolle ihrer Parteimitglieder vermeiden, „*funktional for the working of democracy*“ sei. Denn wenn innerparteiliche Demokratie umgesetzt würde, würde die Parteiorganisation bzw. ihre Exekutive das Parlament zum „*supreme governing body of the nation*“ verdrängen (McKenzie 1982: 201).

Der Abschied von Michels pessimistischer Diagnose ergab sich also aus der Aufhebung seiner Grundvorstellung der radikalen direkten Demokratie. Von umstrittenen Stellungnahmen gegenüber seinem Gesetz der Oligarchie abgesehen, lässt sich die außerordentlich starke Rezeption seiner Befunde in den anglo-amerikanischen Ländern wohl auf das Bedürfnis der dortigen politischen Soziologie nach einer Wendung zu einer „realistischeren“ Demokratietheorie zurückführen. Zum ersten kann der Stellenwert der politischen Eliten, den sie in der Realität der Massendemokratien von jeher eingenommen haben, im Rahmen der „Theorie demokratischer Eliteherrschaft“ (Lipset 1968: 33) endlich auch demokratisch gemessen werden. Zum zweiten ist Demokratie nicht mehr auf uneingeschränkte und unübertragbare Volkssouveränität angelegt. Sie gilt vielmehr als ein „*institutional arrangement for arriving at political decisions in which individuals acquire the power to decide by means of a competitive struggle for the people's vote*“ (Schumpeter 1975: 269). Im Rahmen dieser Konstellation der Parteikonkurrenz vertreten verschiedene Parteien verschiedene Interessen, die durch Kommunikation und Wettbewerb artikuliert und integriert werden. Zum dritten versteht sich die demokratische Massenpartizipation angesichts technischer Einschränkungen als limitierte Partizipation (Kirchheimer 1966b: 195-197), die aber nicht als undemokratisch betrachtet wird.

Es wird in diesem Sinne ein dritter Weg angestrebt, der die Entscheidung zwischen Beweis und Falsifikation von Michels Urteil nicht mehr erfordert. Ausgehend von der empirischen Anerkennung der Koexistenz zwischen parteiinterer Oligarchie und Demokratie brechen die politischen Pluralisten die klassische Verbindung von Michels zwischen Demokratie und innerparteilicher Demokratie. Von ihnen wird die These vorgetragen, dass es weniger auf innerparteiliche Demokratie als vielmehr entscheidend auf demokratische Strukturen

im gesamten politischen System ankomme. Dieser Zustand könne am besten durch eine Vielzahl oligarchisch strukturierter Parteienorganisationen erreicht werden (Naschold 1969: 15). Kurz gesagt, innerparteiliche Demokratie wird nicht mehr als notwendige Voraussetzung der staatlichen Demokratie angesehen. Schattschneider (1942: 60) bringt es deutlich zum Ausdruck: „*Democracy is not to be found in the parties but between the parties*“.

Diese Problemverschiebung setzt aber voraus, dass im politischen System echte Wettbewerbsverhältnisse im Sinne einer optimalen Wettbewerbsintensität und nicht politische Oligopolstrukturen dominant sind. Nach dem Schumpeterisch-Downsianischen Parteienbild gilt die Legitimierung der staatlichen Demokratie über die durch Wahlkonkurrenz bestimmte Machtverteilung als höchstes Ziel, während wenig Raum für die uneingeschränkte extensive Mitgliederpartizipation bezüglich der Entscheidungsfindung, der Politikformulierung sowie der Personalrekrutierung bleibt. Die Parteien verstehen sich als um Stimmenmaximierung kämpfende Wahlorganisationen, die leichte Rüstung brauchen, die ihre Bewegung nicht unnötig erschwert (Schumpeter 1975, Downs 1968). Das demokratische Prinzip, wie Duverger (1959: 150) bemerkt, „verlangt die Wahl der leitenden Personen auf allen Stufen, ihre häufige Ernennung, ihre kollektive Tätigkeit, eine schwache Autorität. Mit solcher Organisation ist aber eine Partei schlecht für den politischen Kampf ausgerüstet.“ So sind demokratische Prozesse der innerparteilichen Entscheidungsfindung ineffizient und nicht operationalisierbar. Mit anderen Worten gewährleistet allein die wahlzentrierte Parteienkonkurrenz die Parteiendemokratie, die auf gesellschaftliche Konfliktlinien sensitiv reagiert und Prioritäten unter einer großen Anzahl von Interessenlagern einordnen. Innerparteiliche demokratische Prozesse hingegen lähmen die Effizienz und die Kompetenzfähigkeit von Parteien im Konkurrenzkampf mit ihren Opponenten.

Dieser theoretischen Unterschätzung innerparteilicher Demokratie im englischen Sprachraum politischer Wissenschaft liegen institutionelle Besonderheiten politischer Parteien in den anglosächsischen Demokratien zugrunde. Das typischste Beispiel der Konkurrenzdemokratie sind die Vereinigten Staaten, wo es anderes als in Kontinentaleuropa, das durch hochgradig organisierte Parteien gekennzeichnet wird, nur schwache politische Parteien gibt, die auf nationaler Ebene kaum organisiert sind. Es wird von mehreren Parteienforschern darauf hingewiesen, dass das Gesetz der Oligarchie von Michels auf die europäischen Massenparteien zugeschnitten sei und dagegen auf die „*low grade*“ Parteien wie z.B. in den Vereinigten Staaten nicht zutreffe (Pfetsch 1989: xxxvi). In der amerikanischen politischen Gesellschaft kann jede Gruppe, soweit sie unter einem bestimmten Etikett um die Wahl zur Regierung kämpft, als Partei definiert werden, auch wenn sie nur locker organisiert ist. Epstein (1980: 8ff) ist sogar der

Ansicht, dass Parteien mit starker organisatorischer Linkage unmodern und eher hinderlich im deren Kampf um möglichst viele Wählerstimmen seien. Er prognostiziert, dass sich die europäischen Parteien dem Modell der amerikanischen Parteien annähern werden. Die Auseinandersetzung mit innerparteilicher Demokratie scheint in diesem Zusammenhang keinen Platz zu haben. Denn die Mitgliedschaft in einer solchen lockeren Wählerpartei ist keine wahre Mitgliedschaft, da die Partei sich eher als privater Verein versteht, die, wie Schattschneider (1942: 56) bemerkt, keine Kontrolle über ihre Mitglieder ausübt und die Mitglieder der Partei gegenüber auch keine Pflichten haben. Die Beziehung zwischen Parteien und Partisanen ist daher nicht oppressiv. Vielmehr sind die Parteien für alle Bürger offen. Keinem wird aufgezwungen, einer Partei beizutreten und niemand ist an Pflichten gebunden, wenn er wirklich beitrifft. Demnach ist innerparteiliche Demokratie, die sich an die Bewältigung des Konfliktes zwischen der Führungsoligarchie und der Mitgliedpartizipation richtet, grundlos: „*In what sense is a partisan injured if he is deprived of the right to control an organization toward which he has no duties?*“ (Schattschneider 1942: 59) Für die Beziehung zwischen Parteiführer und Parteimitgliedern hält Schattschneider die Metapher der „*good will relation*“ zwischen Händlern und Kunden erklärungsfähiger. Die Souveränität der Parteiwähler bestehe in „*his freedom to trade in a competitive market*“ und „*that is enough*“ (Schattschneider 1942: 60). Für ihn ist das Spannungsverhältnis zwischen der Oligarchie der Organisationsmacht und dem demokratischen Prinzip eher ein imaginärer Widerspruch zwischen den imaginären Rechten der Mitglieder und der imaginären Autorität der Parteiführung (Schattschneider 1942: 60).

Zusammengefasst wird innerparteiliche Demokratie bei Michels aufgrund der Kollision mit dem ehernen Gesetz der Oligarchie der Massenparteienorganisationen als unmöglich verurteilt, während sie bei den späteren *rational-choice*-orientierten Forschungsansätzen für unnötig und sogar für eine Hemmung der Konkurrenzdemokratie gehalten wird. Michels spricht sich trotz seines pessimistischen Urteils der sozialdemokratischen Empirie für innerparteiliche Demokratie im normativen Sinne aus. Die späteren Parteientheoretiker verzichten auf die klassische normative Demokratievorstellung sowohl auf staatlicher Ebene als auch auf innerparteilicher Ebene. Auf staatlicher Ebene wird direkte Demokratie oder klassische repräsentative Demokratie durch demokratische Elitekonkurrenzen, die von politischen Parteien übernommen werden, ersetzt⁷. Auf innerpartei-

7 Die repräsentative Demokratie in der klassischen Theorie im 19. Jahrhundert unterscheidet sich scharf von der des Parteienstaates im 20. Jahrhundert. Für erstere besteht kein Bruch zwischen repräsentativer Demokratie und direkter Demokratie, vorausgesetzt, dass die Repräsentanten sobald gewählt nicht durch irgendwelche politische Kräfte eingeschränkt werden und nur ihrem eigenen Gewissen folgen. Letztere betonen die Unmittelbarkeit der Volkssouveränität nicht

licher Ebene tritt die Frage der Demokratie zurück, um die Konkurrenzdemokratie des gesamten politischen Systems effektiv und effizient zu gewährleisten. Michels geht hauptsächlich von den frühen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie aus, wodurch seine Argumente relativ eng zeitgebunden sind. Die Empirie, auf die Argumente späterer Autoren stützen, beschränkt sich hauptsächlich auf die angelsächsischen Demokratien, was ihre Erklärungskraft auch einschränkt.

2.2 Die Notwendigkeit innerparteilicher Demokratie

Im scharfen Gegensatz zu der Tradition gegen innerparteiliche Demokratie seit Michels geben die Politikwissenschaftler einer anderen Tradition für innerparteiliche Demokratie auf die zwei Fragen, nämlich die Möglichkeit und die Notwendigkeit innerparteilicher Demokratie positive Antworten. Aber zu den Fragen, inwieweit innerparteiliche Demokratie notwendig und operationalisierbar ist, gibt es unterschiedliche Ansätze und unterschiedliche Interpretationen.

2.2.1 *Der normativ-partizipatorische Ansatz*

Aus der normativ-partizipatorischen Perspektive ist zum einen das pessimistische Urteil Michels über das Gesetz der Oligarchie nicht das Schicksal der Massenparteien. Zum anderen weist die Eliteherrschaft im Rahmen der stimmenmaximierenden Wahlkonkurrenz nicht ihre praktische Legitimität als den einzigen Weg zur Finalität der Demokratie auf. Stattdessen könnte die demokratischen Werte durch die elektorale Elitenherrschaft preisgegeben. Die Tatsache der Organisationsoligarchie kann zwar nicht abgelehnt und ignoriert werden, aber eine realisierbare partizipatorische Demokratie wird zur Minderung der oligarchischen Gefahren beitragen⁸.

Für den normativ-partizipatorischen Ansatz sind Parteien nicht nur konventionelle Vermittler zwischen Staat und Wählern, sondern vielmehr „*incubator*“, der die politische Kompetenzentwicklung der Bürger fördert (Scarrow 2005: 3).

mehr und erkennen stattdessen die integrative Funktion politischer Parteien und die Bindung der Mandatsträger im Parlament an die Partei an. Über die begriffliche Auseinandersetzungen mit Repräsentation vgl. Pitkin 1967. Über die Wandlung von klassischer repräsentativen Demokratie zur parlamentarischen Parteiendemokratie vgl. Leibholz 1958: 78-131.

8 Michels selbst beleuchtet den Wert seines Werkes auch mit dem Hinweis, dass ein nüchterner Einblick auf die oligarchischen Gefahren der Parteiendemokratie diese Gefahren zwar nicht verhindern, aber doch mindern könne. Vgl. Michels 1989: 376.

Um diese Rolle zu erfüllen, müssen die Strukturen und Prozesse der Entscheidungsfindung in den Parteien jedem einzelnen Bürgern ermöglichen, bei den Angeboten der Parteien an die Wähler mitzuwirken. Im Gegensatz zu Michels Prognose der Unfähigkeit des Individuums, sich selbst zu regieren (Michels 1989: 351), beruht dieser Ansatz in Anlehnung an die Theorie direkter Demokratie auf der individuellen Autonomie oder das „*Self-Development*“ (Maslow 1943): Die Parteienmitglieder erreichen ihre volle individuelle Selbstentfaltung durch ihre Teilnahme am öffentlich-politischen Leben sowohl im Gesamtsystem als auch in den jeweiligen Parteiorganisationen. Demnach gilt die Partizipation der Mitglieder nicht nur als reines Mittel zur Führungsrekrutierung und politischen Richtungsbestimmung, sondern ist im Wesentlichen auch ihre Selbstverwirklichung. Hierbei werden die zwei zentralen Hypothesen von Michels in Frage gestellt: Die fachliche Inkompetenz der Massen in jeder Organisation und der technologische Determinismus. Das Handlungspotential der Massen in einer Organisation hängt dabei vom Entwicklungsstand dieser Organisation und auch von den Herrschaftsverhältnissen der Gesellschaft ab. Deshalb kann es nicht als gleichbleibend gegeben angesehen werden (Lukács 1928: 309-315). Zum anderen ist innerparteiliche Oligarchie nicht einfach die Funktion der Organisationsbürokratie, da jeder Schritt der bedeutungsvollen Organisationsausdehnung als Lösung konkreter Probleme zustande kommt. Die Bürokratisierung bzw. Oligarchisierung ist nur das Derivat dieses positiven Organisationszuwachses (Gouldner 1955: 497-505). Das Gesetz der Oligarchie beschreibt daher nicht das ganze Organisationsleben. Hingegen sehen sich die politischen Parteien ständig mit konkreten Partizipationsansprüchen der Parteimitglieder und damit strukturell gegenläufigen Tendenzen konfrontiert. Das wird von Gouldner (1955: 506) als das „*eherne Gesetz der Demokratie*“ genannt.

Es ist bemerkenswert, dass die dem partizipatorischen Ansatz zugrunde liegenden Demokratiekonzepte auf gesamtgesellschaftlicher Ebene entwickelt und dann auf die innerparteilichen Strukturen übertragen werden. Dabei handelt es sich um den Gedanken der pluralistischen Demokratisierung, die nach optimaler Selbstbestimmung durch möglichst freie und gleiche Mitbestimmung aller Entscheidungsbetroffenen auf allen Ebenen strebt (Steffani 1973: 509). Es muss aber eingestanden werden, dass bei dieser Übertragung der Standort der Parteien in politischer Partizipation umstritten bleibt. Scarrow (1999b: 342-345) unterscheidet hierzu zwischen politischer Partizipation in der Parteienforschung und Parteien in der Partizipationsforschung. In der Parteienforschung bestehen zwei gegensätzliche Stellungnahmen. Die erstere behauptet, dass Parteien individuelle Partizipationschancen durch ihre Organisation und Mobilisierung erhöhen, während die letztere die durch Parteien vermittelte Partizipation als wertlose Fassade ansieht. Im Forschungsfeld politischer Partizipation, in dem individuelle Res-

sources und Einstellungen im Mittelpunkt stehen, spielen Parteien im Vergleich zu den informellen Institutionen (Bürgerinitiative, Bewegungen und NGOs usw.) üblicherweise eine nachgeordnete Rolle. Das geht auf die Antithesen von Rousseau zurück, ob Demokratie Parteien braucht (repräsentative Demokratie) oder nicht (direkte Demokratie) (Scarrow 1999a: 275). In diesem Sinne ist also die Rolle innerparteilicher Partizipation in der gesamtgesellschaftlichen politischen Partizipation sowohl theoretisch als auch praktisch widersprüchlich.

Ein realistisches Modell politischer Partizipation muss das Existenzdilemma innerparteilicher Demokratie im Rahmen der etablierten politischen Institutionen erkennen. Es handelt sich nicht nur um die individuellen Partizipationsteilnehmer, sondern vor allem um differenzierte Demokratisierungsebenen, auf denen sich Demokratisierung von direkter Demokratie durch Abbau bestehender Herrschaftspositionen bis zur höchstmöglichen Annäherung an den idealen Identitätszustand erstreckt. MacPherson (1977: 2, 21-22, 94-98) hebt zum Beispiel die Notwendigkeit des repräsentativen Systems und des Parteienwettbewerbs hervor. Er arbeitet sich an die Zusammenhänge der hierarchischen Subsystemstufen heran. Seine grundlegende Gestaltung einer partizipatorischen *Polity* ist ein Pyramidensystem, in dem direkte Demokratie auf der Basisstufe und repräsentative Demokratie auf jeder höheren Stufe steht. Diese Struktur muss allerdings durch ein System von konkurrierenden politischen Parteien ergänzt werden: *„Nothing but a pyramidal system will incorporate any direct democracy into a nation-wide structure of government, and some significant amount of direct democracy is required for anything that can be called participatory democracy. At the same time, competitive political parties must be assumed to be in existence.“* (MacPherson 1977: 108) Die Fusion von der pyramidalen Systemstruktur und konkurrierenden Parteien hängt von den Parteien selbst ab, die ebenfalls nach pyramidalen Partizipation organisiert sein sollten. Mit anderen Worten ist MacPhersons partizipatorische Demokratie die Organisation von *„genuinely participatory parties“* (MacPherson 1977: 108, 112-115). Die echten partizipatorischen Parteien sind demnach Parteien mit differenzierten demokratischen Partizipationschancen auf verschiedenen hierarchischen Ebenen.

MacPherson gehört zu den gemäßigten Partizipationisten, die die Parteien und andere politische Institutionen bezüglich politischer Partizipation nicht ohne weiteres als aufzuhebende Oligarchie beseitigen. Sie erkennen die unabdingbare Rolle des Establishments an und distanzieren sich von der radikalen direkten Demokratie, nach der die Parteien und der moderne Parteienstaat als *„Inhibitor“* der echten Demokratie anzusehen sind. Daran schließt die grundsätzliche Logik an: Parteien stellen *„participatory linkage“* zwischen Staat und Gesellschaft zur Verfügung (Lawson 1980a) unter der Bedingung, dass ihre internen Strukturen den Bürgern wirksam und effizient erlauben, Parteientscheidungen

Die Demokratisierung der Parteiführerauswahl
Parteien in Deutschland und Großbritannien im
Vergleich

Ding, H.

2015, XVIII, 312 S. 33 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07513-2